

Sehr geehrte Damen und Herren,

vor gar nicht so langer Zeit konnte die Finanzlage der Gemeinde als „glänzend“ bezeichnet werden. In einer seiner letzten Reden kündigte der vorige Bürgermeister Anfang 2010 dann an, dass die Gemeinde künftig „den Gürtel enger“ schnallen müsse.

## Wie sieht es nun für das Neue Jahr 2011 aus?

Eine der ersten Aufgaben des neuen Bürgermeisters war, für den noch unter seinem Vorgänger verabschiedeten Haushaltsplan 2010 einen notwendig gewordenen Nachtragshaushalt aufzustellen und zur Verabschiedung zu bringen.

Sodann legte er dem Gemeinderat einen Haushaltsentwurf für 2011 zur Beratung vor, der im Verwaltungshaushalt einen strukturellen Fehlbetrag von ca. 2 Mio. € auswies; dieses Defizit war nicht einmalig, sondern strukturell und hätte sich laufend weiter erhöht; die Gemeinde wäre in kurzer Zeit **zahlungsunfähig** geworden. Bei Kürzungen in dieser Höhe zum Ausgleich des Haushalts wäre jedoch, so der Bürgermeister im vergangenen Herbst, „das Gemeindeleben tot“ gewesen.

So schnell änderte sich die Finanzlage der Gemeinde, von „glänzend“ und „gut aufgestellt“ hin zur „Konsolidierung, um eine Sanierung zu vermeiden“.

Natürlich waren viele, auch äußere Ursachen wie Verringerung der Finanzaufweisungen des Landes infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise für den entstandenen Fehlbetrag mitverantwortlich.

**Entscheidender** Grund für den so hohen Fehlbetrag waren jedoch die vom Bund - von **allen Parteien** gewollten - neuen Vorgaben für die Kinderbetreuung, die bei der Gemeinde nach Abzug der Landesmittel und der Eigenanteile der Eltern im Plan 2011 zu Kosten in Höhe von ca. 2,1 Mio. € führten

Hier müssen zunächst das Land und mit ihm der Bund für einen viel weitergehenden Kostenausgleich sorgen, weil landauf, landab Städte und Gemeinden wegen Rekorddefiziten Steuern und Gebühren erhöhen und Ausgaben kappen (siehe ausgelegten **FAZ – Artikel** vom 15.2.2011).

Unabhängig davon ist es natürlich Aufgabe des Gemeinderats, den vorhandenen Fehlbetrag durch **Einnahmeerhöhungen** und **Einsparungen** wo immer möglich zu verringern, insbesondere durch

- Geringhalten von **Instandsetzungen** und **Investitionen**, ohne dass ein Verschieben auf die nächsten Jahre **kontraproduktiv wirken würde**,
- Neue „**Freiwillige Leistungen**“, sollten nur bei **dringender Notwendigkeit** und dem Nachweis der Finanzierbarkeit erfolgen; allein deshalb wäre für uns die Sonderförderung des SV Germania nach dem Gewinn der Deutschen Meisterschaft nicht vertretbar gewesen, auch wenn wir dem Verein genauso gerne eine Siegpriämie gegönnt hätten.
- Die mit der Mehrheit der Grünen Liste, der CDU, der SPD und den Freien Wählern dennoch getragene Entscheidung im Gemeinderat war deshalb aus unserer Sicht das **absolut falsche Signal!**
- Bei der weiteren Stellschraube der Steuererhöhungen trägt die WBB-Fraktion die Anhebungen bei der Grundsteuer A, B sowie der Hunde – und Vergnügungssteuer mit.

Auf Vorschlag der Verwaltung werden in Summe Ausgaben um 2 % gekürzt und dadurch eine Ausgabenverringerung um ca. 300.000,- € jährlich erreicht.

## Folgende weitere Positionen bedürfen aus Sicht der WBB einer Einzelstellungnahme:

### 1. Änderung der Bestattungsgebühren

Die letzte Kalkulation der Bestattungsgebühren aus dem Jahr 2004 würde heute nur noch eine Kostendeckung von ca. 65 % erbringen. Auch wurde auf dem Friedhof das Kolumbarium erstellt, das demnächst eröffnet wird. Es musste daher eine neue Gesamtkalkulation für die einzelnen – ab 1. April 2011 in Kraft tretenden – höheren Nutzungsgebühren erstellt werden (ein Restanteil von ca. 10 % der Gesamtkosten verbleibt bei der Gemeinde). Die WBB-Fraktion trägt diese Entscheidung mit.

### 2. Energetische Sanierungen

Die Modernisierung der Straßenlampen, der Einbau einer Heizung für das Feuerwehrhaus und den Kindergarten sind jetzt auf dem Weg der Realisierung. Die WBB sieht mit Zufriedenheit, dass **ihre beiden Anträge**, wenn auch mit zweijähriger Verspätung, langsam umgesetzt werden. Sie verspricht sich mit ihnen eine **nachhaltige Entlastung des Verwaltungshaushalts** und eine Amortisation der Investitionskosten bereits in wenigen Jahren.

### 3. Lärmschutzwall entlang der BAB im Bereich des Ortsteils Waldbrücke

Die lange Planungsdauer des Vorhabens, verursacht durch die Vergrößerung des benachbarten Wasserschutzgebietes und Artenschutzbelange, führte zu einer Kostenerhöhung von ursprünglich fast „0“ auf inzwischen 450.000,- €. Der Wall ist jedoch immer noch billiger als eine Lärmschutzwand; der für den Waldverlust von ca. 5 ha nötige Erwerb von 1,8 ha Ausgleichsfläche ist unvermeidlich.

Es werden in den nächsten Jahren **ca. 28.000 LKW-Ladungen** (!) an Erdreich durch das Dorf gefahren werden, eine direkte Zufahrt über die Autobahn ist offenbar leider nicht möglich.

### 4. Weitere Gewerbegebiete?

Die letzte Entscheidung im Gemeinderat betreffend weiterer Gewerbegebiete, hier: „Sandfeld III“, zeigte die Sensibilität des Themas und die Zielkonflikte zwischen Ökonomie und Bewahrung von Landschaft, insbesondere nach den sehr zwiespältigen Erfahrungen im Gewerbegebiet Rehlinger/Kehrwiesen. Die WBB-Fraktion tritt **zunächst** dafür ein, noch **vorhandene**, auch teils **brachliegende Gewerbeflächen** zu nutzen, bevor neue Flächen für gewerbliche Ansiedlungen ausgewiesen werden.

### 5. Abwasser: Umwandlung in einen Eigenbetrieb

Diese vom Gemeinderat beschlossene Maßnahme schafft natürlich keinen finanziellen Spielraum; durch die Bündelung der Verwaltungs- und Investitionsmaßnahmen für Abwasser in der (buchhalterischen) Schaffung eines Eigenbetriebs wird aber die Transparenz des Gemeindehaushaltes verbessert, ebenso wie bei der Wasserversorgung, die bereits als „Eigenbetrieb“ läuft.

Die Finanzierung der Abwassermaßnahmen wird, wie beim Wasser, durch Umlagen zum Ausgleich der entstehenden Kosten gesichert. Die WBB trägt den Beschluss für die Bildung eines Eigenbetriebs „Abwasser“ mit.

Der Abwasserpreis wird demnächst gesplittet und zwar nach Verbrauch und versiegelter Fläche. Der jetzige Preis von 1,70 € wird ab 2012 auf 2,12 € steigen.

Beim Wasser wird der Preis von zurzeit 1,40 € ab 2012 auf 1,75 € und danach auf **2,50 €** (!) steigen. Hauptgrund dafür ist der - durch die Siedlungspolitik der vergangenen Jahre notwendig gewordene - neue Wasserhochbehälter auf dem Katzenberg.

## **6. Bahnunterführung bei der künftigen Südrandumgehung**

Die bisher hierfür im Haushalt genannte Summe von 7 bzw. 7,5 Mio. €, als von der Gemeinde zu tragender Mehrkostenanteil, erstaunt. Diese Zahl ist in der aktuellen, zur Entscheidung vorliegenden Fassung des Haushaltes nicht mehr enthalten. **Warum?** Die Investitionen der mittelfristigen Finanzplanung wurden in der Endfassung herausgenommen, **weil sonst der Haushalt nicht mehr genehmigungsfähig gewesen wäre.** So eng geht es zu!

Erlauben Sie mir trotzdem ein paar Worte zu dem Thema, das uns alle bewegt: das Regierungspräsidium hat den Gemeinderat im Sommer 2008 über die Kosten einer Straßenbrücke über die Bahn in Höhe von ca. 8 – 9 Mio. € und die Mehrkosten einer Unterführung in Höhe von 17 Mio. € unterrichtet. Die bisher im Haushalt erwähnten 7 bzw. 7,5 Mio. € wären die von der Gemeinde zu tragenden Mehrkosten, um ein Brückenbauwerk zu vermeiden. Diese Kosten sind nach unserer Meinung **zu hoch** angesetzt.

Zunächst einmal ist es nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz allein Aufgabe von Bund, Land und Bahn, für die Kosten eines Brückenbauwerks hier: der L 559 mit der Bahnlinie, aufzukommen. Nachdem im Gemeinderat bereits früher alle Parteien und Wählervereinigungen nur für eine **Unterführung** waren, können die genannten Baulastträger kaum eine Brückenlösung gegen den Willen der Gemeinde durchführen.

Der derzeitige Zustand des schienengleichen Bahnübergangs wird aber spätestens dann beseitigt werden **müssen**, wenn seitens der Bahn der **Druck** zur Beseitigung des Bahnübergangs wächst.

In der 24. WBB-Frühstückszeitung vom Frühjahr 2009 hat unser ehemaliges Gemeinderatsmitglied Gerhard Reis, zu dem Thema einen fachlich recherchierten Beitrag über verschiedene Vergleichsbauwerke aus der Umgebung geschrieben.

Wir sind der Meinung, die Gemeinde sollte ihre ablehnende Haltung gegen eine Überführung endlich **offiziell** (!) gegenüber den übergeordneten Behörden erklären, damit diese aufhören, mit einem solchen Bauwerk gegen den Willen der Gemeinde zu planen.

**Hierzu beantragen wir, dass der Gemeinderat den dazu nötigen Beschluss fasst.** Der schriftliche Antrag liegt der Verwaltung vor.

## **7. Wochenendgebiete Effenstiel und Gehren**

Die WBB ist sehr zufrieden, dass sich dem Vorschlag eines interfraktionellen Antrages alle Parteien außer der Fraktionsgemeinschaft CDU und Freie Wähler angeschlossen haben. Ziel ist, den Wildwuchs in den genannten Gebieten zu unterbinden.

Wir sind mit den inzwischen erarbeiteten Lageplänen des Bauamtes **sehr zufrieden** und loben die damit befassten Mitarbeiter. Die Pläne sind als Grundlage und erster Schritt für die zu treffenden Maßnahmen der Gemeinde von hohem Wert.

Aus der Vielzahl der verschiedenen dort errichteten Vorhaben zeigen einige, mit welcher Unverfrorenheit (auch Weingartener) Bürger glauben, **eigenmächtig** und **am Gesetz vorbei** Bauvorhaben, teils zum dauernden Wohnen, in diesen Gebieten errichten zu können.

**Die WBB unterstützt die Verwaltung bei ihrem Bemühen, mit der Baugenehmigungsbehörde hier endlich „Linie“ zu schaffen!**

## **8. Konzept Jugendzentrum**

Hierfür werden jährlich etwa **100.000 €** aufgewendet. Unsere jahrelange Forderung nach mehr Kontaktaufnahme und mehr Vernetzung mit den Vereinen unseres Ortes wurde von den Verantwortlichen bislang **völlig ignoriert**. Die Verwaltung sollte ein neues Konzept vorlegen, das mit wesentlich weniger Kosten auskommt und in dem die Verknüpfung mit Vereinen und Schule ein wichtiger Bestandteil ist.

## **9. Vereinsförderung**

Bei der Vereinsförderung spricht sich die WBB trotz der finanziellen Schwierigkeiten wegen ihrer Bedeutung für das ganze Dorf für die **vollständige Beibehaltung** der bisherigen Förderungen aus!

## Schlussbetrachtung:

Die **WBB-Fraktion** trägt abschließend den Haushaltsplan 2011 trotz der schmerzhaften Ausgabenkürzungen und Einnahmehöherungen sowie einem für uns besorgniserregenden Anstieg der Verschuldung Ende 2011 auf 4,6 Mio. € (plus Wasserhaushalt 4,5 Mio. €, plus Abwasserhaushalt 3,1 Mio. €) mit.

**Dagegen wird eine Erhöhung der Gesamtverschuldung bis 2014 auf ca.22 Mio. aus heutiger Sicht kaum von uns mitgetragen werden können.**

Bei manchen Entscheidungen über Einzelpositionen hätten wir uns von den anderen Fraktionen **mehr Unterstützung für weitergehende Sparanstrengungen gewünscht.**

Warnungen der WBB vor einem strukturellen Defizit, praktisch seit ihrer Gründung im Jahre 1994, wurden immer abgetan mit Worten wie: „man muss andere Prioritäten setzen“, bei **Einsparbemühungen in den Haushaltsberatungen wurde die WBB meist allein im Regen stehen gelassen** und als „Neinsager“ abqualifiziert.

Heute fühlt sich unsere Fraktion mit ihren Warnungen ein weiteres Mal voll bestätigt. Wir betrachten unsere Zustimmung trotz der hohen Verschuldung auch als **Vertrauensvorschuss** an unseren neuen Bürgermeister. Da uns das hohe strukturelle Defizit von mindestens einer Million Euro die nächsten Jahre begleiten wird, darf aus unserer Sicht für teure Wahlgeschenke und Popularitätszusagen an Vereine kein Platz mehr sein!

Immerhin konnte für 2011 trotz der hohen Kinderbetreuungskosten die negative Zuführungsrate durch gemeinsame Anstrengungen auf 1,2 Mio. € reduziert werden, aber eine **vollständige Beseitigung** des Defizits sollte in den nächsten Jahren **unser aller Ziel** sein.

Der Ernst der Lage wird besonders darin deutlich, dass der Haushalt nur unter großen Bemühungen überhaupt **genehmigungsfähig** gemacht werden konnte; für die Investitionen in Höhe von ca.1,7 Mio. € in 2011 stehen keine Überschüsse zur Verfügung, sie müssen vielmehr – und voraussichtlich auch in den Folgejahren - **kreditfinanziert** werden.

## Die WBB-Fraktion stimmt dem Haushaltsplan 2011 einschließlich dem Wasser- und dem Abwasserhaushalt zu.

Wir danken den beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, allen voran dem Kämmerer, Herrn Norbert Bittner, sowie dem Bauhof, vor allem dem Winterdienst und den vielen ehrenamtlich Tätigen in unserer Gemeinde.

Wir danken insbesondere dem neuen Bürgermeister Eric Bänziger für dessen fachkundigen Einsatz und seine Führung des Gemeinderats, die von dem Ziel getragen war, dass die **Weingartener Bürger** ihm und ihrem Gemeinderat vertrauen, die Bürger sich trotz der Sparbemühungen in ihrem Dorf weiter wohlfühlen, und eine mittelfristige Haushaltssanierung **festes Ziel** ist.